

gymNEWsium

Die 99% Initiative

Die 99%-Initiative der Juso möchte Kapitaleinkommen, d. h. Einkommen durch Geldanlagen (Zinsen), Mieterträge, Pachtzinserträge und Dividenden, höher besteuern.

Die Initiantinnen und Initianten finden hohe Erträge auf diese Weise unfair, daher das Motto «Geld arbeitet nicht - Du schon!». Das Ziel ist es, das reichste Prozent der Bevölkerung stärker zu besteuern und somit 99% der Bevölkerung zu entlasten. Die Gegner sagen, dass dies jedoch der Wirtschaft schaden könnte.

s. 6



Ehe für Alle

Am 26. September 2021 wird in der ganzen Schweiz über die Ehe für alle abgestimmt. Dabei handelt es sich um eine Änderung im Gesetzbuch, die es möglich machen soll, dass gleichgeschlechtliche Paare dieselben Rechte wie verschiedengeschlechtliche Paare haben. Zusätzlich sollen lesbische Paare Zugang zu Samenbanken haben und sowohl schwule wie lesbische Paare sollen Kinder adoptieren können.

s. 4/5

Weitere Themen in der heutigen Ausgabe:

Die Exekutive

Kennen sie schon alle drei Gewalten in der Schweiz? Wenn nicht, oder wenn sie ihr Wissen etwas auffrischen möchten, wird die Exekutive und der Bundesrat, der in der Schweiz die Exekutive bildet, erklärt.

s. 2/3

Horoskope

Sie wagen einen Blick in die Sterne und möchten wissen, wie sie für ihr Schicksal stehen? Dann finden sie hier alles, was sie wissen wollen.

s. 7



Die Exekutive

Wie in den meisten modernen Demokratien ist die Macht in der Schweiz auf drei Gewalten aufgeteilt: die Exekutive, die Legislative und die Judikative. Auf nationaler Ebene sind das der Bundesrat, der Stände- und Nationalrat und das Bundesgericht. Aber auch in den Kantonen und Gemeinden ist das so geregelt.

Das Wort exekutiv kommt vom lateinischen *exsequi*, was ausführen heisst. Die Exekutive ist also die ausführende Kraft. Unsere Exekutive ist der Bundesrat. Seine sieben Mitglieder haben die Aufgabe, das Land zu regieren. Das heisst, dass sie laufend die Lage beurteilen, Entscheide fällen und deren Umsetzung leiten müssen. Ein wichtiger Teil ihrer Arbeit ist es auch, die Bevölkerung auf dem Laufenden zu halten. Zusätzlich ist jeder Bundesrat und jede Bundesrätin für ein Departement verantwortlich, in welchem zwischen 2'000 und 11'000 Angestellte arbeiten. Alle vier Jahre wird der Bundesrat vom Parlament, also vom National- und Ständerat, neu gewählt. Es können aber auch dazwischen Wahlen stattfinden, wenn ein Bundesrat oder eine Bundesrätin zurücktritt. Zusätzlich wird alljährlich ein*e Bundespräsident*in und ein*e Vizepräsident*in gewählt. Er oder sie ist aber nicht das Staatsoberhaupt der Schweiz. Zu den Aufgaben in diesem Amt gehört das Leiten der Bundesratssitzungen, das Schlichten von Streitigkeiten oder in Notsituationen das Anordnen von Massnahmen. Dazu kommen noch repräsentative Pflichten wie z. B. die Radio- und Fernsehansprachen an die Bevölkerung an Neujahr oder dem 1. August. Der oder die Vizepräsident*in kommt zum Zuge, wenn der oder die Bundespräsident*in verhindert ist und übernimmt alle vorher erwähnten Pflichten.

Dies sind die momentanen Mitglieder des Bundesrats:

- Guy Parmelin, SVP, Bundespräsidium und Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
- Ueli Maurer, SVP, Eidgenössisches Finanzdepartement
- Ignazio Cassis, FDP, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
- Karin Keller-Sutter, FDP, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
- Viola Amherd, Mitte, Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
- Simonetta Sommaruga, SP, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
- Alain Berset, SP, Eidgenössisches Departement des Innern

Zusammen mit der Bundeskanzlei bildet der Bundesrat die Bundesverwaltung. Die Bundeskanzlei besteht aus bis zu 340 Mitgliedern, die unter dem momentanen Bundeskanzler Walter Thurnherr stehen. Ihre Aufgaben sind es, zu unterstützen, zu beraten und zu koordinieren. So organisieren sie zum Beispiel die Urnengänge und die Kommunikation von der Regierung zur Öffentlichkeit. Sie sind auch dafür verantwortlich, dass öffentliche Dokumente in allen Landessprachen verfügbar und möglichst einfach formuliert sind. Darüber hinaus unterstützen sie den Bundesrat in rechtlichen Angelegenheiten und übernehmen Teile des Departements, welchem der oder die Bundespräsident*in vorsteht.



Ignazio Cassis, FDP



Simonetta Sommaruga, SP



Karin Keller-Sutter, FDP



Ueli Maurer, SVP



Alain Berset, SP



Guy Parmelin, SVP



Viola Amherd, Mitte

Ehe für alle – wird das Kindeswohl übersehen?

Am 26. September 2021 wird in der ganzen Schweiz über die Ehe für alle abgestimmt. Dabei handelt es sich um eine Änderung im Gesetzbuch, die es möglich machen soll, dass gleichgeschlechtliche Paare dieselben Rechte wie verschiedengeschlechtliche Paare haben. Die Schweiz ist zusammen mit Italien das einzige Land Westeuropas, wo dies noch nicht der Fall ist. Im Moment können homosexuelle Paare nur eingetragene Partnerschaften eingehen, jedoch keine Ehen. Umgekehrt können heterosexuelle Paare keine eingetragenen Partnerschaften eingehen. Durch die Abstimmung sollen homosexuelle Paare standesamtlich heiraten und heterosexuelle Paare eingetragene Partnerschaften eingehen können. Zusätzlich sollen lesbische Paare Zugang zu Samenbanken haben und sowohl schwule wie lesbische Paare sollen Kinder adoptieren können.

Diese Initiative wurde bereits im Jahr 2013 von der Grünliberalen Fraktion im Nationalrat eingereicht. Nach ganzen sieben Jahren wurde dann im Dezember 2020 im Parlament darüber abgestimmt und sowohl der National- wie auch der Ständerat hat die Initiative angenommen. Kurz darauf wurde jedoch ein Komitee gegen die Ehe für alle gegründet, welches bis im Frühling 2021 genügend Unterschriften gesammelt hatte, um das Referendum ergreifen zu können. Das Komitee ist zwar nicht an eine Partei gebunden, die Mehrheit der Befürworter*innen stammt jedoch aus den Parteien SVP, EDU und EVP.

Laut ebendiesem Komitee ist es keine Diskriminierung, dass gleichgeschlechtliche Paare nicht heiraten dürfen. Schliesslich sei es ein Fakt, dass homosexuelle Paare biologisch gesehen keine Kinder haben können. Dadurch, dass sie sich in diesem Fakt unterscheiden, sei es auch gerechtfertigt, sie in Bezug auf die Ehe anders zu behandeln und ihnen das Recht auf diese vorzubehalten. Damit wollen sie aber nicht sagen, dass lesbische und schwule Paare kein Recht auf eine staatliche Absicherung haben, denn dafür gäbe es ja die eingetragene Partnerschaft. Dazu muss aber gesagt werden, dass sich die eingetragene Partnerschaft und die Ehe in einigen grundlegenden Punkten unterscheiden. Zum Beispiel wird in Ehen davon ausgegangen, dass, wenn die Ehefrau ein Kind zur Welt bringt, der Ehemann der Vater ist und auch gesetzlich als diesen angesehen wird. Wenn eine Frau in einer eingetragenen Partnerschaft ein Kind bekommt, wird der Partner oder die Partner nicht automatisch als zweites Elternteil anerkannt. Auch die Einbürgerung eines Partners oder einer Partnerin ist bei der eingetragenen Partnerschaft im Gegensatz zur Ehe erschwert.

Ein weiteres wichtiges Argument für das Komitee gegen die Ehe für alle ist das Kindeswohl. Kinder profitierten davon, einen Vater und eine Mutter zu haben. Sie bräuchten die verschiedenen Qualitäten, die sie von einer Frau und einem Mann bekommen könnten. Sie sagen zwar, dass sie



einsehen, dass viele Kinder von alleinerziehenden Eltern grossgezogen werden und dadurch auch nur eine Mutter oder einen Vater haben, jedoch sei dies eine andere Situation, da es nicht willentlich so herbeigeführt wurde. Weiter weisen sie auf ein Gesetz hin, das jedem Kind das Recht gibt, die leiblichen Eltern zu kennen. Dabei wird auch immer wieder geäussert, dass dem Komitee bewusst ist, dass das gleiche Problem bei heterosexuellen Paaren, die auf eine Samenspende zurückgreifen, der Fall ist. Aber auch da sieht das Komitee einen Unterschied, da die Samenspende bei ihnen nur als letzte Möglichkeit angewendet werden darf. Schlussendlich hat aber jedes Kind von einer Samenspende, egal ob hetero- oder homosexuelle Eltern, mit 18 das Recht, seinen Spender kennenzulernen. Gegen die Adoption hat das Komitee grundsätzlich nichts, ihre einzige Bemerkung ist, dass es in der Schweiz bereit jetzt genug Adoptiveltern für die Kinder, die eine Familie brauchen, gibt.

Kommen wir zu den Argumenten des Komitees für die Ehe für alle, welche gleichzeitig die Hauptgründe für die Annahme der Initiative des Parlaments war. Dieses wird sowohl von grossen Parteien wie der SP, FDP und den Grünen unterstützt, jedoch auch von Organisationen wie Amnesty International und Pro Juventute. Laut dem Komitee für die Ehe für alle ist es längst an der Zeit, dieses Gesetz zu ändern. Die Schweiz ist im Gegensatz zu unseren Nachbarn, was die Gleichstellung von homo- und heterosexuellen Paaren angeht, weit hintendrin. Ein Ja würde laut ihnen für eine grössere Toleranz und Akzeptanz sorgen. Die Annahme habe in anderen Ländern eine Signalwirkung für die Gesellschaft gehabt. Vorurteile seien gesunken und die Suizidraten von LGBTQIA+ Menschen hätten abgenommen.



Auch für diese Seite der Diskussion steht das Kindeswohl an hoher Stelle. Familien mit zwei Müttern oder zwei Vätern seien schon längst Realität und diese Änderung würde dafür sorgen, dass Kinder besser geschützt würden. Dadurch, dass bei Adoptionen oder Schwangerschaften durch Samenspenden beide Partner*innen als Eltern anerkannt würden, hätten die Kinder von Anfang an zwei feste Bezugspersonen, was enorm wichtig für sie sei. Dazu kommt, dass die Kinder beim Todesfall eines Elternteils rechtlich abgesichert wären.

Dass das Kindeswohl an erster Stelle steht und Gleichberechtigung ein Grundrecht ist, das ist uns allen klar. Wie die Bevölkerung entscheidet und wie es mit dieser Initiative weiter geht, werden wir jedoch erst am 26. September erfahren.

Die 99 Prozent-Initiative – Alles was du wissen musst

Die politische Landschaft weiterhin im Getümmel: Am 26. September ist wieder Abstimmungssonntag. Es geht um Fundamentales. Die 99 Prozent-Initiative sticht dabei besonders heraus. Lanciert von der Juso (Jungsozialisten), möchte diese Initiative Reiche höher besteuern.

Was bedeutet das jetzt genau?

Die Initiative möchte Kapitaleinkommen höher besteuern. Kapitaleinkommen ist Einkommen durch Geldanlagen, demnach z. B. durch Zinsen, also Geldbeträge, die man für (auf einer Bank) angelegtes Geld obendrauf erhält. Andere Kapitaleinkommen sind Mieterträge, Pachtzinserträge und Dividenden. Dividenden sind Geldbeträge, welche man durch Investition bzw. gekaufte Anteile an einem Unternehmen (Aktien) erhält. Die Initiantinnen und Initianten finden hohe Erträge auf diese Weise unfair, daher das Motto «Geld arbeitet nicht - Du schon!». Vorschlag ist, die aktuellen Steuersätze ab einem Kapitaleinkommen von 100'000 CHF um 50 % zu erhöhen bzw. zu vereineinhalbfachen. Definitiv ist die Schwelle jedoch noch nicht, diese würde bei einem Ja vom Parlament definiert. Ziel ist es also, das reichste Prozent zu besteuern.

Unterstützt wird die Initiative von der SP, den Grünen und der EVP. Dagegen sind die Mitte, GLP, FDP und SVP sowie Wirtschaftsverbände wie die Economiesuisse. Auch der Bundesrat und das Parlament lehnen die Initiative ab.

Die Argumentation

Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements Ueli Maurer stellte klar: Das oberste 1 % erzielt zwar 10 % des Einkommens, bildet aber auch 40 % der Einnahmen der direkten Bundessteuer. Die Gegner argumentieren, dass die Initiative das Unternehmertum, Investition und damit die Gesamtwirtschaft der Schweiz schwäche und Arbeitsplätze gefährdet würden. Gerade die Menschen, welche mit ihrem Geld investieren, also ein Risiko eingehen und so Wohlstand herbeiführen, würden bestraft. Auch die Grundlage der Schweizer Wirtschaft, die Kleinen oder Mittleren Unternehmen (KMU), seien bedroht. In vielen Fällen gäbe es ausserdem eine Doppelbesteuerung. Das alles könne man sich gerade in der Covid-Krise nicht leisten, eine schnelle Erholung sei essenziell. Sie bezeichneten die Initiative als «schädlich für 100 Prozent der Bevölkerung». Das reichste 1 % zahle bereits genug Steuern oder sollte auf einen anderen Weg höher besteuert werden.

Juso-Präsidentin Ronja Jansen erwiderte: «Im Ausland, wo die meisten Länder schon eine

Kapitalgewinnsteuer kennen, sind die Schreckensszenarien nie Realität geworden». Die Juso plädiert darüber hinaus, dass die Einnahmen für eine Steuerentlastung der Ärmern und die soziale Wohlfahrt genutzt werden sollen. Dies führe zu einer höheren Kaufkraft und damit auch zu höherem Konsum in unteren Einkommensklassen, was für die Wirtschaft von Vorteil wäre. Gerade in der Covid-Krise wachse die Zahl der armutsbetroffenen Menschen wieder deutlich, daher sei eine Entlastung ebendieser nötig. Es soll nicht sein, dass 1 % der Bevölkerung mehr als 40 % des Gesamtvermögens besitzt. Die Schere zwischen Arm und Reich müsse sich schliessen, nicht öffnen.

Die Schere

Wie weit offen ist die Schere? Grundsätzlich werden heute sämtliche Arten von Einkünften besteuert, auch Kapitaleinkommen. Eine Ausnahme gibt es: Kursgewinne von Aktien und Obligationen im Privatbesitz. Das ist ein Grund für die Lancierung der Initiative. Im Vergleich zu 1980 zahlt die Oberklasse heute auch etwas weniger Steuern als damals. Bereits ein grosser Teil der Umverteilung erfolgt über Sozialleistungen wie die AHV oder durch die Progression bei der Besteuerung, d.h. wer mehr verdient zahlt auch einen höheren Prozentsatz. Laut der OECD hat die Schweiz im Vergleich zu den anderen 37 Mitgliedsstaaten unterdurchschnittliche Lohnungleichheiten, aber auch unterdurchschnittliche Lohnmobilität, es ist also z. B. schwieriger, seinen Lohn von einem mittleren auf einen hohen Wert zu erhöhen. Auch der Gini-Koeffizient, ein Mass zur Messung der Ungleichheit in einem Land, blieb seit 2007 stabil, hat sich also kaum geändert. Betrachtet man jedoch längere Zeiträume, z. B. von 1994 bis 2015, sieht man einen höheren Lohnwachstum bei Hochlöhnen im Vergleich zu Tieflöhnen. Doch seit der Corona-Krise hat sich die Lohnungleichheit wieder verstärkt. Niedrigverdiener verloren doppelt so häufig ihren Job wie Leute mit hohem Einkommen.

Eine Wertefrage

Gemäss verschiedenen Umfragen sind im Moment etwa 54 % gegen die Initiative. Da dies nicht äusserst deutlich ist, lässt sich sehen, wie die Abstimmung ausfällt. Egal was man stimmt, ist es wichtig, DASS man abstimmt. Wer noch nicht stimmberechtigt ist, kann andere dazu motivieren, ihre Rechte zu nutzen und sachlich über aktuelle Themen zu diskutieren, auch wenn Meinungen weit auseinanderfallen. So wird Demokratie gelebt. Schliesslich ist die Höhe der Besteuerung eine Wertefrage, die jeder für sich beurteilen und beantworten muss.

Horoskope

Widder:

Die nächste Zeit wird einen komischen Widerspruch darin ergeben, was sonst Ihre Stärken sind. Anstelle der impulsiven Herangehensweisen werden jetzt Vorsicht, Achtsamkeit und Voraussicht gefordert. Es müssen Kompromisse eingegangen werden und Diplomatie wird erforderlich sein.

Stier:

In Zukunft sollten Sie sich energetisch ausbalanciert bewegen. Geduld und Ruhe sind gerade sehr wichtig, da Sie in der nächsten Zeit empfindlich auf Spannungen in Ihrem Umfeld reagieren. Versuchen Sie auszugleichen und abzulenken. Gelingt Ihnen dies, werden Sie Höhenflüge nehmen und die Liebe erleben, wie noch nie zuvor.

Zwillinge:

Der Einstieg in den Herbst bringt besondere Herausforderungen und wird für Sie eher abnormal ablaufen. Ob dies gut oder schlecht ist, hängt von Ihnen ab. Es eröffnen sich neue Möglichkeiten, die Sie definitiv ergreifen sollten. Sie sollten sich jetzt besonders Zeit nehmen für Ihr Umfeld, welches Sie in dieser aufregenden Zeit begleiten wird. Seien Sie achtsam.

Krebs:

Auch wenn es sich merkwürdig anfühlt, sollten Sie in der nächsten Zeit Entscheidungen anderen anvertrauen. Es wird Sie entlasten und Ihnen guttun. Gönnen Sie sich eine Pause und stärken Sie Ihre Nerven für kommende Herausforderungen. Das heisst jedoch nicht, dass Sie keine eigene Meinung haben sollen! Es muss sie ja nur nicht jeder kennen.

Löwe:

Der Wunsch nach Harmonie lässt Sie in den Herbst gleiten. Der Sommer war zu gut, um sich jetzt die Laune verderben zu lassen! Konzentrieren Sie sich auf Ihren eigenen Stil: Jetzt wird verändert und modelliert an Körper, Seele und Geist. Es ist die richtige Zeit für einen Neustart.

Fische:

In der nächsten Zeit gibt es für Sie einen grossen Raum für die eigene Kreativität. Lassen Sie sich treiben und entdecken Sie neue Seiten Ihrer Selbst. Es werden wunderbare neue Verbindungen entstehen und es wird verliebt, anders als bisher.

Jungfrau:

Gerade in den Geburtsmonaten spielt Bedingungslosigkeit eine wichtige Rolle. Planet Mars, die Kraft, die uns Antrieb gibt, verstärkt die eigenen Energiepotenziale. Dieser steht zurzeit im Zeichen Jungfrau und fördert Hilfsbereitschaft. Eine spirituelle Energie leitet Sie. Der Glaube daran wird Ihnen Kraft geben, jegliches Zögern und Hinterfragen verpuffen zu lassen.

Waage:

Es gibt kaum eine Zeit, in der Sie ausgeglichener sind als im September. Der Herbst wird neue Gegensätze bringen. Wichtig ist jetzt Kommunikation. Miteinander werden Ihnen alle Ihre derzeitigen Projekte gelingen. Ihr Umfeld bewundert zurzeit die Ausgeglichenheit und Positivität, die Sie ausstrahlen.

Skorpion:

Veränderungen sind auf dem Weg zu Ihnen. Es wird Kraft kosten und Sie sollten sich bemühen, nicht die Fassung zu verlieren. Begegnen Sie allem mit Liebe und lernen Sie eine positive Haltung zu haben. In Ihrem Liebesleben ist deutlich zu erkennen, dass diese Zeit sehr befreiend und leicht sein wird.

Schütze:

Sie sind gerade sehr energetisch. Gleich zu Beginn des Herbsts werden Sie sich wiedererweckt und gut fühlen. Es ist eine schöne Zeit für politisches Engagement in der Gemeinschaft. Stärken Sie Ihren Glauben an sich und die Welt. So können Sie ein Vorbild für andere werden.

Steinbock:

Gerade läuft es bei Ihnen nicht so gut. Sie haben etwas die Kontrolle verloren. Sie sollten sich darauf konzentrieren, Ihr Leben wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Verantwortung wird gefordert. Passen Sie auf und hinterfragen Sie Ihre Lebensweise, dann kommt es plötzlich zu sehr positiven Veränderungen.

Wassermann:

Nach der regnerischen Sommerzeit können Sie sich darauf freuen, neue Bekanntschaften zu machen und Ihren Freundeskreis zu erweitern. Die Zeit des Alleingangs ist vorbei. Sie fühlen sich luftig und leicht, jedoch wird nicht alles immer auf Anhieb klappen.

Fun

Witze des Monats:

- "Ich habe Angst um den Kalender. Seine Tage sind gezählt."
- Ich habe gerade eine Beziehung mit einer blinden Frau begonnen. Hab' auch vorher lange geübt, bis ich die Stimme ihres Ehemannes hinbekommen konnte.
- Im Kleinanzeiger: Biete Fallschirm; noch nie geöffnet; paar rote Flecken.
- Ein Mann ist letztens an einem Pfannkuchen erstickt. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes crêpiert.

Fun Facts:

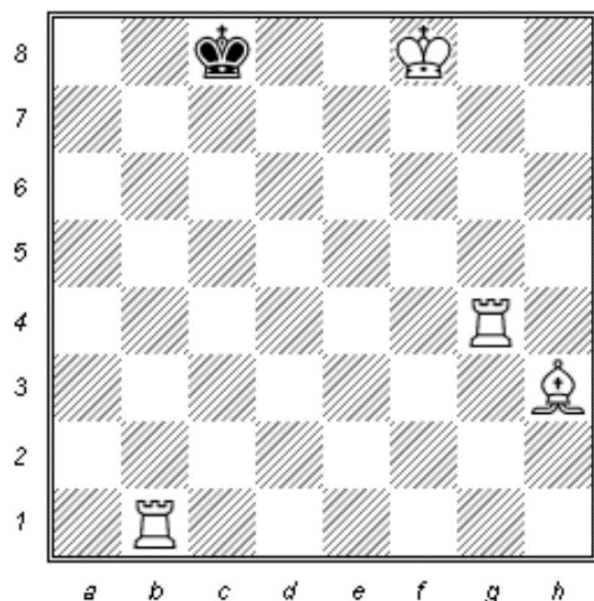
- Die erste Person, die wegen einer Geschwindigkeitsüberschreitung verurteilt wurde, fuhr acht Meilen pro Stunde. Das sind glatte 12.87 km/h.
- Der Mond hat Mondbeben.
- Die Ms in "M&Ms" stehen für "Mars" und "Murrie".
- Zuckerwatte wurde von einem Zahnarzt erfunden.
- Marie Curie ist die einzige Person, die einen Nobelpreis in zwei verschiedenen Wissenschaften erhalten hat.
- Der längste Brautschleier war 5806.5 m lang.
- Das Einhorn ist das Nationaltier von Schottland.
- Pringles sind eigentlich keine Kartoffelchips.
- Akkordeon zu spielen war früher für Lehrer in Nordkorea Pflicht.
- Die chinesische Polizei setzt Gänse als «Wachhunde» ein.

Sudoku

	5			3	6		7	1
6							2	8
		3						
	2	6		9			8	4
1		4			5			
		5					3	
			1	7	8			
4	9	7				8		2
	3		9					

Matt in 2 Zügen

weiß am Zug



Quellenangabe

Titelseite:

<https://99prozent.ch/downloads/>

<https://viva.pl/ludzie/newsy/horoskop-tygodniowy-na-22-28-marca-2021-132025-r1/>

Exekutive:

<https://www.ch.ch/de/demokratie/funktionsweise-und-organisation-der-schweiz/die-gewaltenteilung/>

<https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrat/mitglieder-des-bundesrates.html>

<https://www.admin.ch/gov/de/start/bundesrat/mitglieder-des-bundesrates.html>

<https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/departement-fuer-umwelt-verkehr-energie-kommunikation-uvek.html>

<https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/justiz-und-polizeidepartement-ejpd.html>

<https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/departement-des-innern-edi.html>

<https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/departement-fuer-auswaertige-angelegenheiten-eda.html>

<https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/finanzdepartement-efd.html>

<https://www.admin.ch/gov/de/start/departemente/departement-fuer-wirtschaft-bildung-forschung-wbf.html>

Ehe für Alle:

<https://ehefueralle-nein.ch>

<https://www.ehefueralle.ch>

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20210926/ehe-fuer-alle.html>

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20130468>

<https://www.parlament.ch/centers/documents/de/beilage-mm-rk-n-2018-07-06-13.486-d.pdf>

99% Initiative:

<https://99prozent.ch/> <https://nein-zu-99prozent.ch/> <https://www.bernerzeitung.ch/einkommensungleichheit-in-der-schweiz-nimmt-zu-723922485473>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1208429/umfrage/entwicklung-des-gini-koeffizienten-in-der-schweiz/>

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut/ungleichheit-der-einkommensverteilung.html>

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20210926/volksinitiative-loehne-entlasten-kapital-gerecht-besteuern.html>

<https://www.srf.ch/news/abstimmung-26-september-2021/initiative-kapitalbesteuerung>

<https://www.efd.admin.ch/efd/de/home/das-efd/gesetzgebung/abstimmungen/99-prozent/99-prozent-dossier.html>

Fun:

<https://bestlifeonline.com/random-fun-facts/>

<https://www.aberwitzig.com/schwarzer-humor-3.php>